

Donnerwolken über Alice Schwarzer

DEUTSCHLAND Keine Gnade für Feministin Alice Schwarzer: Medien und Politik decken die entlarvte Steuersünderin mit massiver Kritik ein. Ihr wird Doppelmoral vorgeworfen.

CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN
christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch

Möglicherweise wird es Alice Schwarzer so ergehen, wie es FC-Bayern-Präsident Uli Hoeness widerfahren ist: Die Zeit als Dauergast in deutschen Talkshows ist vorbei. Die 71-Jährige wird nun selbst zum Talkshow-Thema. Gestern machte die ARD-Sendung «Hart, aber fair» den Anfang. Titel der Sendung: «Was, die auch – kein Recht auf Steuergeheimnis für Alice Schwarzer?». So gut wie sicher, Anne Will, Markus Lanz und Co. werden diese Woche nachziehen.

Am Sonntag wurde bekannt, dass Schwarzer seit den 1980er-Jahren ein geheimes Schweizer Konto führte (Ausgabe von gestern). Die darauf anfallenden Zinserträge hat sie aber nie versteuert. Als es für Steuersünder in Deutschland immer enger wurde, erstattete auch Schwarzer Selbstanzeige. Im letzten Jahr hat sie 200 000 Euro Steuern nachbezahlt. Irgendwie ist die Geschichte nun an die Öffentlichkeit geraten. Der «Spiegel» bekam Wind von der Sache – und machte die Story publik.

«Schmerzhaft peinlich»

Rein juristisch gesehen ist Schwarzer aus dem Schneider. Die Verjährungsfrist bei schwerwiegenderen Steuervergehen liegt bei zehn Jahren. Der deutsche Staat kennt das strafbefreiende Mittel der Selbstanzeige. Schwarzer hat die Steuern auf die Zinserträge für die letzten zehn Jahre korrekt zurückbezahlt. Doch weil es sich bei Schwarzer um eine Person handelt, die bei ihrem fraglos verdienstvollen Kampf für Frauenrechte gerne mit der Moralkeule um sich schlägt, kennt die deutsche Öffentlichkeit nun keine

Gnade. «Schmerzhaft peinlich», titelt etwa die linke Berliner «Taz». Und «Spiegel online» hat über einen bissigen Kommentar die Überschrift «Die verlogene Ehre der Alice S.» gesetzt. Im Internet entlädt sich derweil ein «Shitstorm» über Schwarzer. So twitterte etwa Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhardt die rhetorische Frage: «Moralische Instanz?». Zudem wurde eine Online-Petition mit der Forderung lanciert, Alice Schwarzer solle das Bundesverdienstkreuz zurückgeben. Dieses erhielt Schwarzer für ihr Engagement zur Gleichberechtigung.

Nur für zehn Jahre nachbezahlt

Dass die Erfolgsautorin Steuern hinterzogen hat, ist das eine. Was ihr nun vor allem angekreidet wird, ist die Tatsache, dass sie seit 25 oder mehr Jahren ein Konto in der Schweiz unterhielt, lediglich aber die Zinserträge der letzten zehn Jahre versteuerte. «Was aber ist mit dem Geld aus den Jahren zuvor? Das hat sie offenbar doch lieber behalten. Sie hat demnach einen hohen Profit aus ihrer Steuerhinterziehung gezogen, immer noch, trotz Selbstanzeige, und nein, sie hatte nicht die Grösse, dieses Geld nun freiwillig zu erstatten oder einem guten Zweck zu spenden», kommentiert «Spiegel online» mit spitzer Feder. Auch Schwarzers empörte Reaktion auf die Veröffentlichung der Geschichte – sie habe die Gelder damals in der Schweiz parkiert, weil sie zu jener Zeit in Deutschland Anfeindungen ausgesetzt gewesen sei – stiess auf teils heftige Kritik: «Dass sie sich jetzt als Opfer stilisiert und sich in eine Reihe mit wirklichen Opfern zu stellen versucht, hat den schalen Beigeschmack der Selbstgerechtigkeit einer selbst ernannten moralischen Instanz, die bei Attacken auf andere selten übertriebener Zimperlichkeit bezichtigt worden ist», äusserte sich Ralf Stegner, Vizevorsitzender der SPD.

Pikant: Schwarzer hat die Gelder in der Schweiz zu einer Zeit angelegt, als sie für ihr feministisches Archiv Frauen Media Turm öffentliche Fördermittel bezog, wie die «Handelszeitung» berichtet. «Das ist schon eine gewisse Doppelmoral, wenn man einerseits

Steuern hinterzieht und andererseits Steuermittel einfordert», sagt Wirtschaftsethiker Matthias Fiska.

2,4 Millionen Euro in der Schweiz?

Dass die prominente Verlegerin und Buchautorin auf die letzten zehn Jahre 200 000 Euro Steuern nachbezahlen musste, deutet auf ein stattliches Vermögen in der Schweiz hin. Die Zeitung «Bild» schreibt, auf dem Konto seien mindestens 2,4 Millionen Euro gebunkert gewesen. Der deutsche Staat habe durch die Verjährung mehrere 100 000 Euro verloren. Ein Steueranwalt, der anonym bleiben

möchte und mit dem Dossier Schwarzer vertraut ist, bestätigt gegenüber unserer Zeitung, dass es sich um eine Summe in dieser Grössenordnung handeln dürfte. Der Anwalt bedauert, dass die Selbstanzeige publik geworden ist. «Die Frau wird in skandalöser Weise vorgeführt.» Das Gesetz sähe Straffreiheit in diesem Falle vor. «Wenn das der Mehrheit nicht passt, muss die Politik korrigieren.»

Schwarzer, die ihre Verfehlung einräumte («ja, ich habe einen Fehler gemacht»), tritt die Flucht nach vorne an. In die Offensive geht sie unter anderem auf dem juristischen Parkett. Sie droht

dem Maulwurf, der ihre Anzeige an die Medien weiterspielte, strafrechtliche Konsequenzen an. Gestern gab sie zudem bekannt, dass sie eine gemeinnützige Stiftung für die Förderung von Chancengleichheit und Menschenrechten von Mädchen und Frauen gründen werde. Eigentlich stand der Gründungstermin erst in einigen Monaten an. Die Stiftung soll mit 1 Million Euro Kapital, von Schwarzer eingebracht, ausgestattet werden. Die Einkünfte aus der Zeitschrift «Emma» sollen künftig teilweise der Stiftung zufließen. Ob das die Leute zu besänftigen vermag, bleibt dahingestellt.



So stellt sich unser Karikaturist Alice Schwarzers Gedanken über ihr Schwarzgeldkonto in der Schweiz vor.

Karikatur Marian Kamensky

FORUM



Pause nach der Jagd

Waldohreulen suchen am Waldrand Ruhe nach der nächtlichen Jagd. Dort sind sie, wie hier bei Hochdorf, auch mal am Tag zu sehen. Leserbild Emanuel Niederhauser, Rain

Eigenmächtiges Vorgehen

Baubewilligungen in Küsnacht

Was ist los im Bezirk Küsnacht? Kaum wurde das zu komplizierte Baureglement vom Volk abgeschmettert, sucht neuerdings der Bezirk Küsnacht für die komplizierten Bauverfahren einen Juristen. Dabei hat doch Bezirksrätin Carole Mayor noch im Vorfeld der Abstimmung behauptet, dass es für die Baubewilligungsverfahren kaum einen Juristen brauche.

Nebst dem Juristen wird gleich noch ein Bauingenieur gesucht. Dabei weiss der Bezirksrat spätestens seit dem berühmten Verwaltungsgerichtsentscheid von 1994, dass der Küsnachter Bezirksrat nicht über die Kompetenz verfügt, neue Amtsstellen zu schaffen, ohne diese zuerst von der Bezirksgemeinde absegnen zu lassen. Wann hört dieses eigenmächtige und teure Vorgehen endlich auf?

ARMIN MEYER,
SVP KÜSSNACHT

Hierarchie ist gewollt

«Mittelalterlichen Zopf fallen lassen?», Ausgabe vom 29. Januar

Dass jemand, der an der theologischen Fakultät Luzern lehrt, gegenüber der katholischen Kirche und ihren Verantwortlichen, Bischof und Papst, grundsätzlich positiv eingestellt ist, sollte die Regel sein. Diese Fakultät, deren Wurzeln bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen, ist die offizielle Ausbildungsstätte des Bistums Basel. Die Verbundenheit zum Bistum und zu seinem Diözesanbischof war schon immer da. Sie jetzt «im Namen der ehrlichen Suche nach der Wahrheit» kündigen zu wollen, empfinde ich als Anmassung. Ist denn die katholische Kirche nicht auch dem

verpflichtet und verbunden, der von sich sagt, er sei «der Weg, die Wahrheit und das Leben»?

Wenn der Leserbriefschreiber weiter schreibt, «die theologische Fakultät darf nicht im Schlepptau kirchlicher Hierarchen daherkommen», so frage ich mich, warum er das so negativ formuliert. Ich finde, wir haben einen guten Bischof und einen guten Papst. Sie leiten diese Kirche, und der Gründer hat die hierarchische Struktur so gewollt. Aber diese Kirche sollte von einem Miteinander, nicht von einem Gegeneinander geprägt sein. Darum ist das Zusammengehen von Bischof und Fakultät für mich das Gegenteil von einem «mittelalterlichen Zopf».

PETER MENZ, WILLISAU

Fabi: Wer profitiert? Und wer bezahlt?

Zur Abstimmung über die Bahnfinanzierungsvorlage Fabi am 9. Februar

Der Bundesrat sowie die vom Volk gewählten National- und Ständeräte geben seit mehreren Jahren Hunderte von Millionen Franken freiwillig dem Ausland. Das Geld geht an Terminals und die folgenden Strecken, Abnehmer der Bahn 2000 und Neat: Chiasso-Mailand (samt Terminal), Basel-Paris, Basel-Frankfurt, St. Gallen-München. Statt des Vorschlags des Bundesrates (3,5 Milliarden Franken) wollen ausgerechnet unsere Volksvertreter 6,5 Milliarden beim Volk abholen. Einmal mehr sind es die Lastwagenhalter mit der LSVA und die Autofahrer mit diversen Steuern und Abgaben, die zu zahlen haben. Kommt dazu, dass die Politiker diese auf lange Zeit in der Verfassung festnageln wollen. Ebenso werden Mehrwertsteuer und verdeckte Abgaben erhöht, was wieder alle trifft. Sogar die Toten, weil der Staat für den Sarg und das Öffnen des Grabes Mehrwertsteuer verlangt. Die Landbevölkerung hat das Nachsehen, weil die Hauptachsen bis weit ins Ausland prioritär ausgebaut werden sollen. Deshalb Nein zu der überrissenen Fabi-Vorlage.

TONI LAUBER, ESCHOLZMATT

Der Bund finanziert heute die Bahninfrastruktur aus drei verschiedenen Gefässen. Das ist kompliziert. Fabi verbessert die politische Steuerbarkeit. Der Bund kann die Mittel vermehrt aufgrund einer strategischen Gesamtschau vergeben. Das Parlament legt regelmässig die weiteren Ausbauschritte fest. Mit Fabi erlebt das Bahnnetz auch im Kanton Luzern eine deutliche Aufwertung. Alle Beteiligten steuern etwas zu den Mehrkosten bei, die Verkehrsunter-

nehmen, die Mehrwertsteuer, die Pendler und die Kantone. Eindrücklich habe ich kürzlich wieder einmal am Bahnhof Sursee erlebt, wie die Bahn Geschäftsleute, Handwerker, Berufsschülerinnen und Kantenschüler nach Fahrplan an ihre Schule oder an den Arbeitsort bringt. Unvorstellbar, wie der Kanton seine Schulen organisieren müsste ohne den dichten Fahrplan, unvorstellbar, wenn noch mehr Pendler mit dem Auto zu ihren Arbeitsstellen unterwegs wären.

MONIQUE FREY, KANTONSRÄTIN GRÜNE, GESCHÄFTSLEITERIN VCS LUZERN, EMMEN

Die Mehrheit der Mittel des neuen Bahninfrastrukturfonds fliesst in den Unterhalt und den Betrieb. Was bringt Fabi der Zentralschweiz? Der Halbstundentakt auf den Strecken Luzern-Bern, Luzern-Pfäffikon-Chur und der Viertelstundentakt auf der Strecke Luzern-Stans/Giswil gehören zu den Fabi-Projekten. Dazu werden die Planungsarbeiten für den Zimmerberg- und den neuen Axentunnel sowie für den Durchgangsbahnhof Luzern möglich. Und schliesslich wird Mobilität nicht mehr länger belohnt. Künftig sollen höchstens 3000 Franken für das Pendeln mit dem Auto oder mit der Bahn von den Steuern abgezogen werden können. Damit sollen märchenhaft anmutende Exzesse ein Ende finden! Offenbar sollen in den Kantonen Zug und St. Gallen bis gegen 70 000 Franken Pendlerabzüge geltend gemacht worden sein.

MARCEL SONDEREGGER, ALT GROSSRAT CVP, VORSTANDSMITGLIED PRO BAHN ZENTRALSCHWEIZ, OBERKIRCH

LESERBRIEFE Unsere E-Mail-Adresse für Leserbriefe lautet forum@luzernerzeitung.ch. Bitte geben Sie stets Ihre ganze Adresse an.